

Militäretat für 2017 soll auf 583 Milliarden Dollar wachsen – bei einem Anteil an den Welt-Militärausgaben von derzeit schon 37 %.

Der US-Friedensrat hat in einem offenen Brief an die Friedens- und Anti-Atom-Bewegungen die wachsende Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen den nuklearen Supermächten USA und Russland betont: Die Nato baue an den Westgrenzen Russlands ihre militärischen Kräfte massiv aus, und am Syrien-Krieg seien 15 Staaten beteiligt. Diese Politik habe wie andere Aktivitäten der USA zum Ziel, »die Schlüsselregionen Europa, Ostasien und den Nahen Osten zu verteidigen; und die amerikanische Vormachtstellung zu bewahren«, wie es beispielsweise in einem Strategiepapier der US-Konservativen heiÙe.

In der heutigen Situation sei eine Bündelung aller Kräfte der Friedensbewegungen notwendig, um die laufenden Angriffskriege zu beenden, betont der US-Friedensrat. Aus der langen Liste seiner friedenspolitischen Ziele seien hier zwei zentrale Forderungen zitiert: Die US-Strategie einer globalen Vorherrschaft müsse zugunsten einer friedlichen Koexistenz aller Länder aufgegeben werden, und der Prozess zur Abschaffung der Nato müsse sofort beginnen.

Die Friedensbewegung in der Nato-Führungsmacht USA entwickelt also ähnliche Positionen wie die Friedensbewegungen in Europa und Deutschland. Für diese und weitere Forderungen gegen die fortschreitende Militarisierung unseres Lebens demonstrieren wir auch beim diesjährigen Ostermarsch-Auftakt am Karfreitag, 25. März, ab 14 Uhr in Bruchköbel.

Diese Einladung zum Ostermarsch 2016 ist eine Veröffentlichung der

Hanauer Friedensplattform

Sie trifft sich in der Regel jeden 1. und 3. Montag im Monat um 19.30 Uhr im DGB-Jugendheim Hanau, Am Freiheitsplatz 6 (Anbau am DGB-Haus Hanau, Eingang rechts neben dem Buchladen bzw. im Hof).

Die Hanauer Friedensplattform organisiert traditionell den jährlichen hessischen Ostermarsch-Auftakt jeweils am Karfreitag in Bruchköbel sowie fallweise Infoveranstaltungen.

Archiv-Webseite: www.friedensplattform.de

ViSdP: Doris Werder, 63450 Hanau

Bundesweite Info-Suchmaschine / Pressearchiv: Bundesausschuss Friedensratschlag – www.friedensratschlag.de

Bundesweite Veranstaltungs-Suchmaschine: Netzwerk Friedenskooperative – www.friedenskooperative.de

Ostermarsch 2016

für Frieden und Abrüstung

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Bruchköbel, Karfreitag, 25. 3. 2016

14.00 Uhr Kundgebung am Freien Platz

ca. **15.00 Uhr Ostermarsch durch Bruchköbel**

ca. **15.30 Uhr Friedensfest an der Dicken Eiche**

Redner: **Christine Buchholz** (Verteidigungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag)

Robert Weißenbrunner (1. Bevollmächtigter der IG Metall Hanau-Fulda)

Zarife Bulut (DIDF Hanau)

Musik: **Robert Pfaff**



Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Seite zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalis-tische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, sind von der Veranstaltung ausgeschlossen.

Frankfurt/Offenbach, Ostermontag, 28. 3. 2016

9.50 Uhr Treffpunkt Hanau Hauptbahnhof (Gleis 6)

10.09 Uhr Abfahrt ab Hanau Hauptbahnhof

10.30 Uhr Abmarsch von Kundgebung Offenbach, Stadthof (Rathaus)

13.00 Uhr Abschlusskundgebung Römerberg Frankfurt

Für eine Politik der friedlichen Koexistenz aller Länder – gegen die Militarisierung unseres Lebens

Viele Menschen fühlen sich ohnmächtig, wenn sie sehen, wie die wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Probleme vor Ort, in Europa und auf dem gesamten Planeten in rasantem Tempo wachsen und eine Dimension erreichen, in der es keine positiven Lösungen mehr zu geben scheint. Viele wollen sich diesem Problemdruck, dieser Entmutigung, nicht ständig aussetzen und ziehen sich, soweit möglich, in private »Wohlfühlwelten« zurück.

Doch die Realität der Weltkrisen lässt sich auch durch die Grenzanlagen der reichsten Industrienationen nicht fernhalten. Plötzlich wagt ein kleiner Teil der Abermillionen Kriegs- und Bürgerkriegsopfer den gefährlichen Weg nach Norden – und stößt keineswegs nur auf Willkommenskultur, sondern zunehmend auf Ablehnung, Hass und Rassismus. Zuwanderung wird als untragbare Belastung hingestellt.

Eine andere, heimliche Fluchtbewegung hingegen belastet die Staatskassen tatsächlich massiv: etwa 1000 Milliarden Euro gehen den EU-Staaten Jahr für Jahr allein durch Steuerhinterziehung und -umgehung verloren, stellte EU-Steuerkommissar Algirdas Semetas fest. Und immerhin 187 Milliarden Euro Steuergelder war dem deutschen Staat die Rettung der Banken in der jüngsten Finanzkrise wert. Würde die Berliner Regierung hingegen nur das reichste Tausendstel der deutschen Bevölkerung, 40.000 Haushalte, mit einer Vermögensabgabe von 2 % belegen, wären allein das jedes Jahr 30 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen – genug, um jährlich 2,5 Millionen Kriegsflüchtlingen zu helfen ...

Doch derzeit fließen diese Milliarden zusammen mit weiteren Riesensummen in gigantische Börsenaktionen, hochspekulative Finanzwetten und ähnliche Spiele des globalen Casinos. Ein Ergebnis der weltweit ausufernden Spekulation war die Finanzkrise 2007/2008, als mit dem Zusammenbruch des US-Häusermarktes eine der großen Schuldenblasen platzte, was internationale Großbanken, Fonds und Versicherungen in den Ruin trieb. Für deren Rettung müssen seitdem in vielen Staaten die kleinen Steuerzahler und Sparer, Rentner und sozial Schwachen geradestehen. Zusätzlich begannen die Zentralbanken,

gewaltige Summen Geld »zu drucken« und es den Verursachern der Weltfinanzkrise zu immer niedrigeren Zinsen hinterherzuwerfen – angeblich, um mit dieser Geldflut die Realwirtschaft anzukurbeln. Doch die »Finanzinvestoren« bevorzugten erneut die profitablere Anlage in Aktien, Anleihen und aberwitzigen Finanzprodukten. Inzwischen ist der globale Schuldenstand auf den historischen Höchstwert von über 200 Billionen (!) Dollar gestiegen – mit der Gefahr der Hyperinflation oder gar eines weltweiten Finanzcrashs. Um die Spirale der Profitmaximierung mit staatlicher Hilfe weiterzudrehen, wird die globale wirtschaftliche, soziale und ökologische Zerstörung riskiert.

Gleichzeitig dauert die Krise der kapitalistischen »Realwirtschaft« an: In vielen Sektoren fällt die Überproduktion von Kapital mit notorischer Marktsättigung zusammen, die erste Folge sind Stagnation und Niedergang in schwächer entwickelten Industrie- und Schwellenländern, auch in Teilen der EU. Die Konkurrenz der Konzerne verschärft sich, auf manchen Weltmärkten herrscht unerklärter Wirtschaftskrieg. Hier treten Entwicklungen zutage, die bereits zu lokalen Kriegen eskalieren.

Diese gefährlichen Tendenzen zu Krise und Krieg werden durch die weltweit wachsende soziale Ungleichheit verstärkt: Abermillionen Menschen leiden unter Verarmung und Verelendung. In den 122 sog. Entwicklungsländern stirbt alle 5 Sekunden ein Kind an Hunger, obwohl die heutige Welt-Landwirtschaft nach UN-Angaben zwölf Milliarden Menschen ernähren könnte. Doch die Börsenspekulation treibt die Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel in absurde Höhen, und Weltkonzerne kaufen für ihre Exportzwecke riesige Flächen Ackerland auf, das für die Selbstversorgung vor Ort fehlt. Handels-, Agrar- und Umweltpolitik der Industriestaaten verschärfen die Lage noch.

Die mächtigsten Staaten der Welt rüsten für Armutsaufstände, Bürgerkriege und zwischenstaatliche Kriege verstärkt auf. Beispiel USA: Ihr

»Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.«

Diese Erkenntnis und seinen leidenschaftlichen Einsatz für den Frieden bezahlte der führende französische Reformsozialist Jean Jaurès am 31. Juli 1914 mit dem Leben. Kurz nach dem Attentat eines Nationalisten auf den Pazifisten Jaurès begann das große Völkergemetzel des Ersten Weltkriegs.